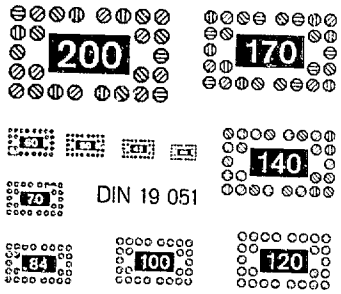

Was will der moderne Sozialismus?

Der Vorschlag eines wirtschafts-politischen Wahlprogramms von

GERT VON EYNERN

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn
Bibliothek

A 97 - 04682

Wohin auch immer derjenige, der eine Definition des „Sozialismus" zu formulieren unternimmt, das Schwergewicht legt: auf die soziologische, die kulturelle, die ökonomische, die institutionelle, die ethische Seite, auf jeden Fall muß er als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Verwirklichung des Sozialismus die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse anerkennen.

A. Das Zielbild

Der konkrete Inhalt einer sozialistischen Wirtschaftsordnung mag oft verschwommen, umstritten und wandelbar sein. Immer aber enthält er als Ziel die Befreiung des Menschen von den ökonomischen Gewalten des Kapitalismus. Sein Kampf gilt einer Wirtschaftsordnung, in der die wesentlichen Teile der Produktion unter der Leitung klassenmäßig abgesonderter Unternehmer-Kapitalisten durch besitzlose Lohnarbeiter geleistet werden. Das kapitalistische Wirtschaftssystem mit seiner ausschließlichen Orientierung am Profit statt am Bedarf ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit, im Gegenteil, es steht im scharfen Widerspruch zur modernen gesellschaftlichen Technik. Die Wirtschaft ist nur scheinbar und nur juristisch Privatsache; tatsächlich ist sie ein gesellschaftliches Phänomen. Innere Spannungen und Entwicklungslinien der kapitalistischen Wirtschaft selbst weisen den Weg zum sozialistischen Jahrhundert. Wo auf diesem Wege stehen wir heute?

B. Die Gegenwartslage

Die politische Revolution des Jahres 1918 versandete im wesentlichen ohne ökonomische Konsequenz. Die Reste der vorkapitalistischen Feudalherrschaft wurden zwar weitgehend beseitigt; aber das kapitalistische Wirtschaftssystem selbst erstand im alten Glanze. Bereits nach zehn Jahren wurde es allerdings durch die Weltwirtschaftskrise in seiner Selbstsicherheit erschüttert. In einem neuen Sinne trat der anarchische Charakter seiner Produktions- und Verteilungsweise hervor. Der Fortschrittsglaube geriet ins Wanken vor der Tatsache, daß lange Jahre schwerster Depression die wirtschaftlichen Errungenschaften der Aufschwungjahre überschatteten. Der Zweifel an der Fähigkeit der kapitalistischen Ordnung, die Depression aus eigener Kraft zu überwinden, wurde Allgemeingut und wissenschaftlich als richtig bewiesen (u. a. durch Keynes). Nur planwirtschaftliche Maßnahmen konnten helfen. Vor dem gewaltigen Massenschicksal der Arbeitslosen zerfiel zugleich ein Hauptargument für die Berechtigung der gesellschaftlichen und ökonomischen Herrschaftsstellung der Unternehmerschaft. Man sah ein: Das Risiko der Produktion wird keineswegs nur vom Kapitalisten getragen, sondern von allen Arbeitenden.

A 97 - 04682

Sozialismus im Verruf

Die tastenden Ansätze zu einer volkswirtschaftlichen Planung hatten zwar allenthalben wirtschaftliche Erfolge, aber sie gerieten schon bald in Mißkredit. Roosevelts System des „New Deal" konnte gehen, nachdem es mit der Rettung des amerikanischen Kapitalismus seine Schuldigkeit getan hatte. Die Planung der Nationalsozialisten stellte sich unter das Motto „Kanonen statt Butter". In Rußland und in der deutschen Sowjetzone brachten die Sowjets schlechthin alle sozialistischen Ziele und Methoden in Verruf. Mit der „Bodenreform" setzten sie an die Stelle des Agrarfeudalismus Zwangskolchosen oder eine ihrer Vorformen. Die Sozialisierung verzerrten sie zur Errichtung „volkseigener" oder sowjeteigener Betriebe. Den planwirtschaftlichen Apparat ließen sie zum Selbstzweck ausarten, indem sie ihn nicht in den Dienst der Freiheit des Menschen stellten, sondern ihn diktatorisch und totalitär mißbrauchten. Das Ergebnis ist eine Wirtschaftsgestalt, die mehr kapitalistische als sozialistische Züge trägt.

Ost und West

Das vom Nazidruck befreite, aber zerbombte, zerschlagene, verarmte, in Zonen und Ländchen zerrissene Deutschland empfindet tief das Bedürfnis nach neuer Orientierung. Ein gewaltiges politisches, soziales und wirtschaftliches Massenproblem ist durch die Millionen Vertriebener entstanden, die ebensowenig wie die Bauern, Handwerker, Angestellten, Beamten und freien Berufe in ein primitives Zweiklassen-Schema passen. Unverändert aber ist die gesellschaftliche Spannung. Während in der Sowjetzone die revolutionäre Bewegtheit zu einem verkrampften und fremdartigen System getreu nach Moskauer Muster erstarrt, festigt sich im Westen die Herrschaft der privaten Kapitalbesitzer und Unternehmer über die Proletarier in neuer Schärfe.

So bietet das westliche wie das östliche Wirtschaftssystem kaum einen Ansatzpunkt für eine echte sozialistische Ordnung, deren wichtigster Kraftträger nach wie vor nur der Arbeiter sein kann.

Liberalismus als Reaktion

Psychologisch stellt der Neoliberalismus in Westdeutschland, der weite Kreise ergriffen hat, eine Reaktion auf die Zwangswirtschaft des Krieges dar; insoweit ist seine Stoßkraft begrenzt. Politisch aber ist er die Reaktion auf die revolutionäre Situation des Jahres 1945. Mit der Wahnlehre von der natürlichen Ordnung — die weder natürlich ist, noch eine Ordnung darstellt — liefert der Liberalist dem Kapitalismus heute dieselben Scheingründe einer Existenzberechtigung wie vor hundert Jahren und mehr, als die Freiheitsparolen dazu dienen mußten, zahllose neue Mißstände zu verdecken: die Unterdrückung der Besitzlosen, den scharfen Klassenkampf von oben, die Ausbeutung der Arbeiter und Konsumenten, kurz, die Errichtung eines engmaschigen Netzes monopoloider Herrschaftspositionen. Zwar geben die Neuliberalisten zu, daß die wirtschaftliche Harmonie, von der sie träumen, nicht von selbst komme; ein starker Staat müsse vielmehr die Wettbewerbsordnung erzwingen. Überlegung und Erfahrung zeigen indessen, daß ein kapitalistischer Staat diese Aufgabe nicht ernsthaft übernehmen und wirksam erfüllen kann.

Vielfältig wird die liberalistische Ideologie in Deutschland durch die Amerikaner unterstützt. Wenigstens in seiner Europapolitik stemmt sich Amerika nicht nur gegen alle Sozialisierungstendenzen, sondern auch gegen jegliche Beschränkung der Gewerbefreiheit, gegen Zentralisierung und damit sogar gegen die Möglichkeit wirksamer Krisenbekämpfung. In dieser Hinsicht gebärdet sich der Amerikanismus in Europa anders als daheim. Auch der Marshall-Plan ist nicht nur als charitative Handlung von weltweitem Ausmaß, nicht nur als fortschrittliche Form internationaler Wirtschaftsplanung aufzufassen, sondern zugleich als ein Mittel zur Rettung des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Weitere Konzentration des Kapitals

Die technische Entwicklung, die große Antriebskraft der kapitalistischen und damit zugleich der sozialistischen Bewegung, schreitet inzwischen fort. Die Vorteile der Massenproduktion und fast alle neueren Erfindungen drängen nach wie vor zur Konzentration in großen technischen und wirtschaftlichen Einheiten. Zwar haben überdimensionierte Mammutgebilde keinen Bestand, der Elektromotor und der Übergang zu neuen, leichten Werkstoffen konnten die Tendenz zum Riesenbetrieb hemmen und den Klein- und Mittelbetrieben neue Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Trotzdem aber konzentriert sich der maßgebende Teil der Gesamtproduktion auf Betriebe, Unternehmen und Unternehmensvereinigungen einer solchen Größe, daß bereits jede für sich allein eine gewaltige wirtschaft-

liche, gesellschaftliche und politische Machtballung darstellt und deshalb nicht in der Verfügungsgewalt privater Eigentümer bleiben darf. Zahlreiche für die Gesamtentwicklung entscheidende Investitionen gehen weit über (Einzel-)Menschenmaß hinaus; das mit ihnen verbundene Risiko und der Kapitaleinsatz haben den Umfang und den Charakter gesellschaftlicher Phänomene. Keine romantische Sehnsucht, keine Freude am Kantönli-Geist darf die nüchterne Einsicht in diese Tatsachen verdrängen. Die technische Entwicklung muß bejaht, gebändigt und beherrscht werden.

C. Aktionsprogramm

Die Sozialdemokratische Partei lehnt jede Katastrophenpolitik ab. Über dem Wunsch, das Wirtschaftssystem umzustülpen, vergißt sie nicht das hinter diesem Wunsch stehende Ziel: den Menschen, insbesondere auch den Menschen der heute lebenden Generation. Zumal, nachdem die revolutionäre Situation der unmittelbaren Nachkriegszeit verpaßt ist, tut nicht ein Ausreifen des Kapitalismus not, sondern seine Umformung und Entschärfung, nicht eine bewußte Verelendung, sondern eine wirtschaftliche Besserung der Lage der Massen, nicht ein Dulden, sondern ein Bekämpfen der Konjunkturschwankungen. In das kapitalistische System sind so viel sozialistische Elemente einzubauen, wie nur irgend möglich.

Entmachtung

Sozialisierung, Lastenausgleich und Einkommensangleichung haben den doppelten Zweck, privatkapitalistische Machtpositionen zu beseitigen und zugleich allen Menschen eine möglichst weitgehende Gleichmäßigkeit der wirtschaftlichen Chancen zu verschaffen. Dabei kann sich die Überführung von Unternehmungen in Gemeineigentum auf die echten wirtschaftlichen

Machtpositionen beschränken. Hierzu gehören insbesondere die wesentlichen Teile der Kohlenwirtschaft, des übrigen Bergbaus, der Eisenindustrie, der Schwerchemie, der Energiewirtschaft, des Bank- und Versicherungswesens und die meisten unvermeidbaren Monopole und monopolähnlichen Gebilde.

Obwohl heute noch mehr als früher jeder Besitz Zufallsbesitz ist, hat Westdeutschland den rechten Zeitpunkt für eine planmäßige, radikale Vermögensumschichtung verpaßt. Um so notwendiger ist es, durch einen möglichst weit greifenden Lastenausgleich allen durch Kriegs- und Nachkriegswirren Enterbten wenigstens eine menschenwürdige Versorgung und hinreichende Aufstiegsmöglichkeit zu verschaffen. Alle Reste agrarer Feudalherrschaft sind durch eine scharfe Bodenreform zugunsten von Bauern und Siedlern zu beseitigen. Eine radikale Erbschaftsteuer muß die Bildung neuer Herrschaftspositionen vereiteln und die Möglichkeiten zum Bezug von arbeitslosem Einkommen beschränken.

Die Einkommenspyramide muß flach gehalten werden, auch wenn das Sozialprodukt (Volkseinkommen) wieder ein normales Niveau erreicht haben wird. Der Wunsch nach privater Kapitalbildung darf nicht zur Rechtfertigung großer Einkommensunterschiede dienen. Deshalb müssen die Sätze der Einkommensteuer stark gestaffelt bleiben, Umsatz- und Verbrauchsteuern sind abzubauen, Spitzengehälter sind zugunsten der unteren Lohnklassen zu beschränken, die Preise der Massenkonsumgüter so niedrig wie möglich zu halten. Einkommen aus Besitz statt aus Arbeit ist zusätzlich zu besteuern. Der Leistungslohn stellt unter den gegebenen Umständen die einzige produktionsfördernde Form der Entlohnung dar.

Planwirtschaft

Entmachtung läßt sich nicht nur durch Abschaffung des Privateigentums, sondern auch durch Aushöhlung des individualistischen Eigentumsbegriffs erreichen. Deshalb ist die gesamte Wirtschaft sowohl im sozialisierten als auch im nicht sozialisierten Teil einer planmäßigen Lenkung und Kontrolle zu unterwerfen.

Umfassende Wirtschaftsplanung ist das beste Mittel zur Befreiung des Menschen von den ökonomischen Gewalten. Sie zieht die Konsequenz aus der Erkenntnis, daß heute unvermeidlich die gesamte Wirtschaft das Risiko und die Verantwortung für den Wirtschaftsablauf trägt, insbesondere für Umfang, Art und Zeitpunkt der Investitionen. Die Steuerung der Wirtschaft durch den Staat darf nicht länger eine Kette isolierter (und noch dazu von Interessenten veranlaßter) Einzelinterventionen sein; sie muß die gesamte Wirtschaft nach einem einheitlichen umfassenden Gesamtbild gestalten.

Das Unternehmen als Planungsbehörde

Niemals darf die Wirtschaftsplanung der Versuchung erliegen, aus Bequemlichkeit und innerem Machttrieb zwangswirtschaftliche Mittel anzuwenden wo sie nicht unbedingt notwendig sind. Sie hat (unter anderem) die dem kapitalistischen System eigentümlichen Konjunkturschwankungen zu bändigen und damit die soziale Freiheit — den wirtschaftlichen Spielraum — zu erweitern. Dabei darf sie die individuelle Freiheit nicht mehr als nötig beeinträchtigen.

Scharfe Beschränkungen der Willkürfreiheit der großen Unternehmer sind allerdings keineswegs unnötig. Vor allem bei der Steuerung der Investitionen sind neben allgemeinen Regelungen (z. B. durch Zinspolitik) konkrete Eingriffe nicht zu vermeiden, wenn die Wirtschaftspolitik nicht ins Schwimmen geraten will. Der

Einwand, daß damit die Unternehmerinitiative und jeglicher Fortschritt erlahmen müßten, verkennt einerseits die strengen Bindungen, denen sich die Unternehmer in privaten Kartellverträgen seit vielen Jahrzehnten freiwillig zu unterwerfen pflegen, andererseits die großen Möglichkeiten, Menschen mit schöpferischer Initiative in die Wirtschaftslenkung selbst zu übernehmen. Schon bisher waren die Zeiten der Planwirtschaft zwar leider meistens Zeiten des Mangels und der Not, aber niemals Zeiten der Erstarrung. Außerhalb des begrenzten Bereichs der sozialisierten Unternehmen sollten die größeren privaten Unternehmer mehr und mehr so eng an die Wirtschaftslenkung gebunden werden, daß sie gewissermaßen den Charakter staatlicher Planungsorgane erhalten, denen innerhalb ihres bestimmten Aufgabenkreises selbständige Entscheidungsbefugnisse weitgehend überlassen sind.

Freie Konsumwahl

Die Freiheit des Verbrauchers, aus den insgesamt verfügbaren Waren die ihm genehmsten auszuwählen, ist ein wirtschaftliches und moralisches Grundrecht des Menschen. Rationierungen, Bezugscheine, Lebensmittelkarten usw. sind deshalb nur insoweit erträglich, als eine anomale Knappheit an lebenswichtigen Waren es unmöglich macht, ohne solche Maßnahmen einen menschenwürdigen Lebensstandard der breiten Massen zu sichern. Bei der Konstanz des Gesamtbedarfs kann die Wirtschaftsplanung in hinreichendem Umfang den kommenden Verbrauch im voraus errechnen und sich — als echte Wohlfahrtsplanung für die Massen der Verbraucher — an ihm orientieren.

Freizügigkeit

Wegen der großen Bedeutung der Berufstätigkeit für die gesamte Lebensgestaltung der Menschen ist die Freizügigkeit ein Grundrecht für jeden Arbeitenden. Sie umfaßt die freie Berufswahl und die freie Wahl des Arbeitsplatzes. Soll der rechte Mann an die rechte Stelle kommen, so müssen die Ansätze zu einer organisatorischen Durchbildung des „Arbeitsmarktes" intensiv ausgebaut werden: die Berufsberatung, bei der sich Wirtschaftskenntnis (Marktforschung) und Menschenkenntnis miteinander verknüpfen müssen; die großzügige, unbürokratische, weiträumige Arbeitsvermittlung; die Beweglichkeit der Arbeitskräfte durch planmäßigen Wohnungsbau über das ganze Land sowie innerhalb der Bezirke und Großstädte.

Je reibungsloser der „Arbeitsmarkt" funktioniert, um so harmloser können die Mittel sein, mit denen die Planungsbehörden die Arbeitskräfte an die Stelle des größten Bedarfs lenken. Das schärfste Mittel, die Dienstverpflichtung, ist unter allen Umständen zu verurteilen. Das Lenkungsmittel des Lohnes ist nur in beschränktem Maße anwendbar; denn in der Hand eines kapitalistischen Staates kann es leicht dazu mißbraucht werden, den Anteil der Massen am Sozialprodukt zu schmälern. Solange der Staat noch nicht sozialistisch ist, sind deshalb Lohnforderungen, Lohnverhandlungen und notfalls Lohnkämpfe entscheidende Waffen der Arbeitnehmer zur Besserung ihrer Lage. Deshalb muß das System der Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, über die zur Weimarer Zeit entwickelten Grundsätze hinaus, intensiv ausgearbeitet werden. Allerdings ist nicht zu verkennen, daß ein Tariflohn, der zwischen zwei monopolistischen Partnern ausgehandelt wird, häufig nicht dem vom Planungsamt gewünschten Lohnsatz entsprechen wird.

Dem Arbeiter als dem Kraftträger der sozialistischen Bewegung gebührt ein über das Maß der formalen Demokratie hinausgehender Einfluß auf das öffentliche Geschehen. In allen Stufen der Wirtschaft — im Betriebe, in der Gemeinde, im Staat, in Verbänden, Kammern, Planungsbehörden usw. —, sind die Möglichkeiten zur positiven Mitarbeit auszunutzen. Aber solange der übergreifende Staat kapitalistisches Gepräge hat, sollten Arbeiter, Betriebsräte und Gewerkschaften im allgemeinen nicht mehr Verantwortung formal übernehmen, als sie inhaltlich zu tragen vermögen.

Im übrigen darf die Bedeutung einer solchen Mitwirkung der Werktätigen in ihrem Wert für die sozialistische Bewegung ebensowenig überschätzt werden wie die „Wirtschaftsdemokratie" überhaupt und wie die „Sozialisierung von unten" (in Genossenschaften usw.). So wichtig diese Reformen im einzelnen oft sein mögen, so können sie doch die entscheidenden Machtpositionen des Großkapitals nicht beseitigen. Eine sozialistische Planwirtschaft hat dem Konsumenten, nicht dem Produzenten zu dienen. Das Konsumenteninteresse aber kann sich nach aller Erfahrung nicht in Räten und Ausschüssen, ja nicht einmal in gewerkschaftlichen Spitzenverbänden durchsetzen, sondern nur in der höchsten Form der gesellschaftlichen Organisation: im Staat.

Der starke Staat

Echte wirtschaftliche Planung ist deshalb nur in der Hand eines starken Staates denkbar. So verheerend auch ein falsch konstruierter Staat sein kann, so ist doch der Staat an sich nicht böse. Das Idol eines schwachen Nachtwächterstaates ist heute ein romantischer Traum; niemals könnte er die Monopole beseitigen oder die anderen großen Aufgaben lösen, vor denen Deutschlands und Europas Wirtschaft heute steht.

Der Neigung zum Totalitarismus — d. h. zur Ausdehnung der wirtschaftlichen Staatsgewalt auf außerwirtschaftliche Bereiche — ist wirksam nur mit einem Mittel zu begegnen: mit schärfster demokratischer Kontrolle aller wirtschaftlichen Maßnahmen durch die Öffentlichkeit. Deshalb muß die wirtschaftliche Lenkung die Gestalt eines durchsichtig aufgebauten Planes haben, den auch ein außenstehender Kritiker rational durchleuchten kann.

Immer deutlicher tritt hierbei in Erscheinung, daß die wirtschaftsgestaltende Arbeit nicht auf dem engen Raum eines einzelnen Staates geleistet werden kann. Im Zeitalter des Europäischen Wiederaufbauprogramms ist eine Wirtschaftslenkung, die mehrere Nationen umfaßt, nicht mehr ein utopisches Fernziel. Sie hat bereits greifbare Gestalt gewonnen.

Herausgeber: Vorstand der SPD
Druck: Graphische Gesellschaft Grunewald GmbH., Berlin-Grunewald, Bismarckplatz